Bekanntmachung **Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**

Die Thüringer Fernwasserversorgung will im Zuge der Erweiterung der Leitungsstruktur des Fernwasserversorgungssystems Mittel- und Nordthüringens, eine neue Fernwasserleitung verlegen. Die Länge der neuen Fernwasserleitung beträgt ca. 16 km. Sie wird nördlich von Pferdingsleben (Entleerungsbauwerk 8 a/b) im Landkreis Gotha an das zentrale Fernwassersystem angebunden und bis zum Anschluss an das Übergabebauwerk Aschara im Unstrut-Hainich-Kreis geführt. Der Verlauf der Trasse wird größtenteils außerhalb der bebauten Ortslagen Friemar, Molschleben, Bufleben, Pfullendorf und Westhausen erfolgen.

Nach § 65 Abs. 1 bzw. 2 UVPG handelt es sich bei der Wasserleitung um ein planfeststellungs- oder plangenehmigungsbedürftiges Vorhaben im Sinne der Nummer 19.8.1. der Anlage 1 zu § 7 Abs. 1 UVPG.

Für dieses Vorhaben ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 7 Abs. 1 UVPG in Verbindung mit Nummer 19.8.1 der Anlage 1 zum UVPG vorzunehmen und zu prüfen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Die allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass durch das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Insbesondere liegen keine Gegebenheiten vor, aufgrund derer trotz der Größe bzw. Leistung des Vorhabens erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Eine förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne des UVPG ist daher nicht erforderlich.

Gemäß § 5 Abs. 1 UVPG stellt die zuständige Behörde fest, ob nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht oder nicht.

Gemäß § 5 Absatz 2 UVPG wird nun öffentlich bekannt gegeben:

Aufgrund der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 7 Abs. 1 i. V. m. § 5 Abs. 1 UVPG unter Berücksichtigung der Kriterien gemäß Anlage 3 zum UVPG wird festgestellt, dass das geplante Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben wird und somit keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist. Die Entscheidungsgründe sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Thüringer Umweltinformationsgesetzes (ThürUIG) vom 10. Oktober 2006, zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 2017 (GVBl. S. 158), im Landratsamt Gotha, Umweltamt, Sachgebiet Wasserwirtschaft, Dienstgebäude 18.-März-Straße 50 in 99867 Gotha zugänglich.

Gotha, den

Eckert
Landrat